



Neudruck

Rechtsausschuss

62. Sitzung (öffentlich)

7. September 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Ingo Wolf (FDP)

Protokoll: Dr. Lukas Bartholomei

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

7

Die Fraktionen haben vor der Sitzung Einvernehmen erzielt, den in der Tagesordnung als Punkt 9 ausgewiesenen TOP „Kurzfristige Räumung der JVA Münster wegen akuter baulicher Mängel“ an Position 2 zu behandeln.

- 1 Organstreitverfahren der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), Landesverband Nordrhein-Westfalen gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen wegen Verletzung des Rechts auf Chancengleichheit als politische Partei und auf Gleichheit der Wahl durch Einführung der 2,5-vom-Hundert-Sperrklausel für die Wahlen zu Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen**

8

VerfGH 9/16

Vorlage 16/4140

Der Ausschuss empfiehlt, eine Stellungnahme abzugeben.

2 Kurzfristige Räumung der JVA Münster wegen akuter baulicher Mängel 9

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4209

Anlage (ehemals TOP 9)

3 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 18

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12350

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Gesetzentwurf
am 28. September abschließend zu beraten.

4 Vorsorgen. Vermögen sichern. Betreuung regeln: Nordrhein-Westfalen braucht ein modernes Betreuungswesen! 19

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8130

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11702

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12751

– abschließende Beratung und Abstimmung

In Verbindung mit:

**Aktionsplan zur Stärkung des selbstbestimmten Lebens, zur
Qualitätssicherung der rechtlichen Betreuung und zur Vermeidung
unnötiger Betreuungen**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4143

Der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/8130 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei positivem Votum der CDU-Fraktion und Enthaltung der Fraktionen von FDP und Piraten abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/11702 wird mit den Stimmen der Antragsteller bei negativem Votum der Fraktionen von CDU und FDP und Enthaltung der Piratenfraktion angenommen.

Der Entschließungsantrag der FDP-Fraktion Drucksache 16/12751 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei positivem Votum der FDP-Fraktion und Enthaltung der Fraktionen von CDU und Piraten abgelehnt.

5 Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall. Ausnahmslos.

26

Antrag
des Abg. Schwerd (fraktionslos)
Drucksache 16/10800

In Verbindung mit:

Opfer nicht aus dem Blick verlieren – Täter ermitteln und bestrafen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/10787

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/10881

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10885

APr 16/1361

– Auswertung der Anhörung sowie abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Tagesordnungspunkt ohne Votum zu schieben.

- 6 Es ist fünf nach zwölf! – Ganzheitliches Handlungskonzept zur Prävention von Radikalisierungen, insbesondere des gewaltbereiten Salafismus, endlich entwickeln und wissenschaftlich begleiten lassen** **27**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12341

Der Rechtsausschuss beschließt einvernehmlich, sich im Falle des Stattfindens einer Anhörung dieser nachrichtlich anzuschließen und sie später auszuwerten.

- 7 Chancen der Digitalisierung nutzbar machen und Cybergewalt gegen Frauen und Mädchen entschieden entgegentreten** **28**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12359

Der Rechtsausschuss beschließt einvernehmlich, sich im Falle des Stattfindens einer Anhörung an dieser zu beteiligen.

- 8 Verfassungskonforme Regelung der Zwangsmedikation in den Vollzugsgesetzen des Landes Nordrhein-Westfalen sicherstellen** **29**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11894

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4211

- 9 Tätigkeitsbericht des Justizvollzugsbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen 2015 (siehe Anlage zu TOP 9)** **32**

Vorlage 16/3927

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4210

10 Verschiedenes**35**

* * *

3 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12350

(vom Plenum an den federführenden Hauptausschuss und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung soll in der Sitzung am 28. September 2016 erfolgen)

Vorsitzender Dr. Ingo Wolf stellt die Frage, inwieweit sich der Ausschuss heute zu dem Gesetzentwurf äußern möchte oder ob dies in der abschließenden Beratung am 28. September erfolgen solle.

Heiko Hendriks (CDU) merkt an, man könne sich seitens CDU-Fraktion heute abschließend zu dem Gesetzentwurf verhalten. Es sei klug, die Entscheidung herbeizuführen, denn die Verfassungskommission habe über einen längeren Zeitraum getagt und einen Kompromiss ausgehandelt, der von vier Fraktionen getragen werde. Die CDU-Fraktion könne mit diesem Kompromiss leben.

Die Verfassung in Nordrhein-Westfalen werde mit dem Entwurf in vielen Punkten notwendigerweise nicht nur moderner gestaltet, sondern auch gesetzlichen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen angepasst. Im Sinne einer zügigen Umsetzung sollte zügig beschlossen werden.

Nicolaus Kern (PIRATEN) fragt, ob man sich jetzt in der abschließenden Runde befinde, denn dann lasse er Heiko Hendriks Statement nicht so stehen.

Vorsitzender Dr. Ingo Wolf weist Nicolaus Kern auf die abschließende Beratung am 28. September hin.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Gesetzentwurf am 28. September abschließend zu beraten.

